

GR Stefan STÜCKLSCHWEIGER

13.6.2024

A N T R A G **zur** **Dringlichen Behandlung**

Betreff: Einrichtung einer Schutzzone im Volksgarten

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin!

Die Problematik ist nicht nur allseits bekannt, mittlerweile zeigt ein täglicher Blick in den Volksgarten, wie schwerwiegend die Situation sich in den letzten Monaten entwickelt hat. Keine Spur von ausuferndem Familienglück, keine lernenden Studierenden, auch die Menschen, die sich in diesem Park immer gerne zu Sport, Tanz oder Yoga getroffen haben, werden immer weniger.

Stattdessen ein Bild, das abschreckt: Immer größere Gruppen, vorwiegend aus Männern bestehend, die oftmals und ganz offensichtlich nicht mehr Herr ihrer Sinne sind, blockieren Wege und Brücken, sodass vor allem für Frauen und Kinder ein unbeschwertes Durchqueren des Parks immer häufiger mit Angst verbunden ist. Je später die Uhrzeit, desto häufiger und intensiver treten teils heftige Auseinandersetzungen diverser Gruppierungen auf, die immer öfter gewalttätig enden. Traurige Höhepunkte dieser Szenarien: Ausgänge mit tödlichem Ende, verursacht durch den Einsatz von Waffen. Auch der Handel mit Drogen hat sich stark verändert. Wurde in der Vergangenheit noch versucht, den Weiterverkauf unentdeckt zu betreiben, passiert dies mittlerweile ganz offensichtlich und unverblümt. Verpackte Substanzen und verwendetes Material (wie beispielsweise Spritzen) werden teilweise am Kinderspielplatz entsorgt, Drogenkonsument:innen nutzen den neu hergerichteten Bereich für Kinder als Unterkunft.

Die Akzeptanz vieler Grazer:innen gegenüber dem Lebensstil der Menschen, die im Volksgarten aktiv sind, nimmt stetig ab, das hat auch die unlängst stattgefundenene Versammlung in der Arbeiterkammer gezeigt. Der Grundtenor: Man ist nicht mehr bereit, das raue und rücksichtslose Verhalten dieser Personen hinzunehmen.

Wir haben daher schon im April 2024 einen dringlichen Antrag gestellt, der durch die geschilderten Ereignisse nochmalige Dringlichkeit erlangt hat. Auch die bisher bekanntgewordenen und völlig unzureichenden Maßnahmen der Bürgermeisterin unterstreichen die Notwendigkeit dieser Initiative.

Vor rund fünf Jahren verfügte die Landespolizeidirektion Steiermark erstmals zwei zeitlich begrenzte Schutzzonen für den Volksgarten sowie den Metahofpark, welche im September 2019 für weitere sechs Monate verlängert wurden. Diese waren jeweils mit dem Zweck verfügt worden, Minderjährige vor strafbaren Handlungen zu schützen, den öffentlichen Drogenhandel zu bekämpfen und das subjektive Sicherheitsgefühl der Menschen in öffentlichen Parks zu steigern. Mit

Erfolg, wie eine durchgeführte Auswertung nach zeitlichem Ablauf der Verordnungen zeigte:

Von März 2019 bis Ende Februar 2020 sprach die Polizei insgesamt mehr als 550 Betretungsverbote für die beiden Schutzzonen aus. Zudem nahmen Polizisten in Summe 86 Personen fest, stellten 360 Mal Suchtmittel sicher und erstatteten mehr als 1.000 Anzeigen wegen verschiedenster Delikte (davon rund 320 in Zusammenhang mit Suchtmitteln).

Durch die nachfolgende Verordnung einer Schutzzone im Stadtpark hatte sich die Situation aber wieder in den Volksgarten und Metahofpark zurück verlagert.

Mittlerweile wurden alle Verordnungen hinsichtlich der Schutzzonen wieder aufgehoben.

Nun stehen wir wieder vor der Situation dringend eine Schutzzone im Volksgarten zu brauchen.

Daher stelle ich namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs den

Dringlichen Antrag:

1. Der Gemeinderat der Stadt Graz spricht sich für die Errichtung einer Schutzzone gemäß § 36a SPG – entsprechend den in der Vergangenheit bewährten Modellen - aus!
2. Bürgermeisterin Elke Kahr wird beauftragt, eine Möglichkeit zu prüfen eine Videoüberwachung für jene Zonen, die häufig von Familien frequentiert werden (z. B: Kinderspielplatz), zu installieren.
3. Die zuständigen Stellen werden gebeten zu prüfen, ob ein Alkoholverbot im Volksgarten als Sofortmaßnahme ausgesprochen werden kann.